

# EU-Umweltausschuss stimmt knapp für Pestizidreduktion

EU/Pflanzen/Chemische Industrie/Agrar/Europäische Union

Brüssel (APA) - Der federführende Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich am Dienstag mit hauchdünner Mehrheit für einen EU-Gesetzesvorschlag zur Pestizidreduktion ausgesprochen. Die angenommene Parlamentsposition verschärft die von der Kommission vorgeschlagenen Ziele teilweise. So fordern die Abgeordneten bis 2030 eine Reduktion "gefährlicher Pestizide" um 65 Prozent, gegenüber 50 Prozent im Kommissionsvorschlag. Das Plenum des Parlaments muss im November über die Position abstimmen.

Beim Ziel, bis 2030 den Einsatz und das Risiko chemischer Pflanzenschutzmittel um mindestens 50 Prozent zu senken, folgen die Abgeordneten der Brüsseler Behörde. In dem mit 47 Stimmen bei 37 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommenen Text fordern die Abgeordneten, dass jeder Mitgliedstaat nationale Ziele und Strategien verabschiedet, die auf den pro Jahr verkauften Stoffen, ihrer Gefahrenstufe und der Größe ihrer landwirtschaftlichen Fläche basieren. Die Kommission würde dann prüfen, ob die nationalen Ziele ehrgeiziger sein müssen, um die EU-Ziele für 2030 zu erreichen.

Ein Antrag zur Glyphosat-Verordnung, die derzeit ebenfalls verhandelt wird, wurde im Ausschuss abgelehnt. Die Europäische Kommission hat bisher keine ausreichende Zustimmung der EU-Länder für eine erneute Zulassung des Unkrautvernichters Glyphosat für weitere zehn Jahre bekommen. Im November wird über die Erneuerung in einem Berufungsausschuss weiter diskutiert. Änderungen am Vorschlag der Kommission sind möglich.

Die Abgeordneten wollen den Einsatz chemischer Pestizide (mit Ausnahme derjenigen, die für den ökologischen Landbau und die biologische Bekämpfung zugelassen sind) in sensiblen Gebieten und innerhalb einer Pufferzone von fünf Metern verbieten, beispielsweise auf allen städtischen Grünflächen, einschließlich Parks und Spielplätzen. Die Kommission wird aufgefordert, Methoden zur Beschleunigung des Zulassungsprozesses von Pestiziden mit geringem Risiko und zur biologischen Bekämpfung zu evaluieren.

"Keine Bäuerin und kein Bauer muss Angst haben", versprach die grüne EU-Abgeordnete und Berichterstatterin Sarah Wiener bei der Präsentation des Abstimmungsergebnisses in Brüssel. "Wir wollen nicht den Austausch von einem zum anderen Pestizid, sondern eine echte Transformation der Landwirtschaft." Für die Bäuerinnen und Bauern seien kostenlose Beratungen und Hilfen vorgesehen. Sie wehre sich gegen "Vorwürfe, eine Ökopopulistin" zu sein. Sie wolle "die Biodiversität, die Menschen und die Landwirte schützen".

"Österreich ist bereits jetzt ein Vorbild beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Im Vergleich zu 2011 werden inzwischen mehr als 20 Prozent weniger chemische Pflanzenschutzmittel ausgebracht und diesen Weg wird Österreich auch in

Zukunft fortsetzen. Wir sind für eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, aber unrealistische Reduktionsziele ohne nachhaltige Alternativen gefährden unsere Lebensmittelversorgungssicherheit und treiben uns in die Import-Falle", sagte der ÖVP-Europaabgeordnete Alexander Bernhuber, Chefverhandler der Europäischen Volkspartei im Europaparlament für das EU-Pflanzenschutzmittelgesetz.

Die Abgeordneten des Landwirtschaftsausschuss forderten in ihrer vorige Woche angenommenen Stellungnahme als Zieljahr 2035. Zudem solle dieses Ziel nur dann verpflichtend sein, wenn den Landwirten bis dahin Alternativen zur Verfügung stünden.

Global 2000 bezeichnete in einer Stellungnahme den "EVP-Anschlag auf die EU-Pestizidreduktion abgewehrt". Helmut Burtscher-Schaden, Global-2000-Umweltchemiker, kritisierte jedoch, dass "die Korrektur des irreführenden Indikators zur Messung der Zielerreichung keine Mehrheit bekommen hat. Quantitative Ziele der Pestizidreduktion sind sinnlos, wenn der Indikator die Zielerreichung am Papier nur vortäuscht." Die NGO appelliert an alle EU-Abgeordneten, in der für Ende November anberaumten Abstimmung im Plenum sicherzustellen, dass der Indikator zur Messung der Pestizidreduktionsziele korrigiert wird.

"Der angenommene Text verbessert zwar einige Aspekte des Kommissionsvorschlags, aber die Bestimmungen entsprechen immer noch nicht den Hauptforderungen von Bürgern und Wissenschaftern", kritisierte Natalija Svrtan, politische Referentin beim europäischen Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe.

"Das Ergebnis der Abstimmung des EU-Umweltausschusses über den vorliegenden SUR-Verordnungsentwurf zeigt leider, dass bestimmten Fraktionen nichts an einer sicheren Versorgung liegt. Jede Stimme, die den vorliegenden Entwurf befürwortet hat, gefährdet die Produktions- und Versorgungssicherheit. Traurig ist, dass dies die Mehrheit der EU-Umweltausschussmitglieder ist", so Landwirtschaftskammer Niederösterreich-Präsident Johannes Schmuckenschlager in einer Aussendung.

fan/spo/ad